

MLPD | SCHMALHORSTSTRASSE 1C | 45899 GELSENKIRCHEN | info@mlpd.de

An
den Vorstand der PGD (Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.)

khalillafi@hotmail.com
munir.hamad@t-online.de

Betrifft: Ihr Protestbrief an den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz vom 11.9.2017

Gelsenkirchen, den 14.9.2017

Sehr geehrter Herr Khalil,
sehr geehrter Herr Hamad,

wir stehen voll hinter Ihrem Protestbrief an den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz vom 11.9.2017. Wir teilen Ihre Empörung über dessen Unterstellung, die palästinensische Jugend wäre „antisemitisch“ verbunden mit der Drohung, Palästinenser aus Deutschland auszuweisen, sollten sie sich gegen die ultrareaktionäre Regierung Israels auflehnen. Martin Schulz hat offen ausgesprochen, dass der deutsche Imperialismus engstens mit der imperialistischen Macht Israel verbunden ist und die berechtigten Belange der Palästinenser mit Füßen tritt.

Unser Bündnis „Internationalistische Liste/MLPD“ tritt seit seiner Gründung 2016 und jetzt zu der Bundestagswahl wie auch im Mai zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit der Losung auf: „Freiheit für Palästina und Kurdistan!“. Beides sind unterdrückte Völker, denen seit langem ein eigenes Staatsgebiet verweigert wird. Unser Plakat mit dieser Losung ist derzeit bundesweit im Straßenbild zu sehen.

Wir möchten Sie informieren, dass unsere Internationalistische Liste/MLPD aktuell seit Anfang September wegen der Solidarität mit Palästina einer Schmutzkampagne ausgesetzt ist, die vom Grünen-Funktionär Volker Beck in Eintracht mit der Vorsitzenden der faschistoiden AfD, Frauke Petry losgetreten wurde. Sei gipfelt in der Forderung nach Verbot der Internationalistischen Liste/MLPD.

Das ficht uns nicht an – im Gegenteil – offensichtlich haben wir einen Nerv der imperialistischen Unterdrückungspolitik gegen die Palästinenser getroffen. Eine Welle der Solidarität mit uns und gegen diese Verbotsdrohung verbreitet sich.

Wir bitten Sie, Herr Khalil und Herr Hamad, die Internationalistische Liste/MLPD gegen diese Angriffe zu unterstützen, die Palästinensischen Gemeinden in Deutschland über dieses Wahlbündnisses zu informieren und – wenn dies dem Charakter Ihres Gremiums entspricht – ggf. auch zur Wahl aufzufordern. Das Bündnis tritt aus Gründen der Wahlgesetzgebung als „MLPD“ (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) auf dem Stimmzettel auf. Sie zu wählen ist eine wichtige Antwort auf die unverschämte Drohung des SPD-Vorsitzenden gegen ihre Mitglieder - einer für alle – alle für einen!

Einige Dokumente unserer Auseinandersetzung mit den Gegnern des palästinensischen Befreiungskampfs legen wir bei und wünschen Ihnen, Herr Khalil und Herr Hamad, den Palästinensischen Gemeinden und uns allen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen!
Gabi Fechtner / Parteivorsitzende